

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt
mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

Erscheint Werktags

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 41



Nr. 8

Samstag, den 11. Januar 1919

36. Jahrgang.

Wochenrundschau.

In Berlin wurde am 5. Januar von den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Spartakusleuten ein neuer Entschluß ins Werk gesetzt. Angeblich sollte er eine Kundgebung gegen die Abiegung des mit den russischen Bolschewisten in engen Beziehungen stehenden Berliner Volkspräsidenten Eickhorn (Unabh.) sein, aber es wurde bald klar, daß diese Angelegenheit nur der Sammelruf zum Entscheidungskampf zwischen der gegenwärtigen Regierung und der Diktatur des Proletariats war. Rat- und tatenlos stand die Regierung dem Aufruhr anfangs gegenüber und man debattierte und verhandelte, während in den Straßen Berlins das Blut schon in Strömen floß. Endlich ließ man von auswärts Truppen kommen, da die Berliner Garnison mit einigen Ausnahmen wenig Lust zeigte, für die eine oder andere Seite zu fechten, und es sollen nun 70000 bis 80000 Mann der Regierung zur Verfügung stehen. Aber der Kampf ist noch nicht entschieden. Denn dadurch, daß die Radikalen nun auch in einer ganzen Reihe anderer Städte des Reichs, darunter auch Stuttgart, ebenfalls Putzsch eintrieten, haben sie es dahin gebracht, daß das Verantwörtliche auswärtiger Truppen nach Berlin in gewissen Situationen bleiben muß. Der Zweck des Aufstrebens, der nun in einem richtigen Bürgerkrieg unter Aufsicht russischer Bolschewisten, die in großer Zahl nach Deutschland gekommen sein sollen — es sollen ihrer über 1000 sein — in neben dem Sturz der Regierung vor allem die Verhinderung der Waffen zur deutschen Nationalversammlung. Millionen von Flugblättern verkünden, daß der Kampf mit den Waffen oder als Streik nicht eher eingestellt werden sollte, bis der Sieg des Proletariats erreicht sei, wenn darüber auch vollends alles zugrunde geht.

In Baden wurde am 5. Januar die Wahl zur badischen Nationalversammlung vorgenommen, und mit größter Spannung sah man im ganzen Reich dem Ergebnis entgegen, war doch diese Wahl die erste eines großen Bundesstaats, die unter dem neuen Wahlmodus sich vollzog und die aus verschiedenen Gründen geeignet schien, von dem vermutlichen Ausfall der Wahlen in anderen Bundesstaaten ein Bild zu geben. Der alte Landtag zählte 73 Abgeordnete, von denen nach den Wahlen vom Jahre 1913 30 auf das Zentrum, 19 auf die Nationalliberalen, 13 auf die Sozialdemokraten, 5 auf die Konservativen und die Demokraten und 1 auf einen Parteilozen entfielen. Die neue Nationalversammlung besteht aus 107 Abgeordneten, entsprechend der durch die Herabsetzung des Wahlalters auf 20 Jahre und die Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen vermehrte Wählerschaft. Von den 107 Sitzen entfielen nun das Zentrum 40, die Sozialdemokraten 36, die in der Deutschen demokratischen Partei vereinigten Nationalliberalen und Demokraten 25, die deutsche nationale Volkspartei (Konservative) 6. Vorhältnismäßig hat also das Zentrum seinen Bestand annähernd, aber nicht ganz behauptet. Die Mehrheitssozialisten haben einen außerordentlichen Zuwachs erfahren, den sie in erster Linie dem erweiterten Wahlrecht verdanken. Der Beisitz der Nationalliberalen und Demokraten ist von einem Viertel auf ein schwaches Viertel zurückgegangen und auch die Deutsch-Nationalen haben prozentual eine Verminderung erfahren. Die Radikalen, Unabhängigen und Spartakusleute haben ganz schlecht abgeschnitten; sie vereinigten nicht einmal 1 1/2 Prozent der Stimmen auf ihre Wahlliste und bleiben ohne Vertretung in der Nationalversammlung.

In Bayern ist von der prov. Regierung das neue Staatsgrundgesetz veröffentlicht worden, dessen wichtigste Bestimmungen sind: Bayern ist eine Republik und Mitglied der Vereinigten Staaten Deutschlands. Die höchste Gewalt liegt beim Volk. Der Landtag besteht aus einer Kammer, deren Macht dadurch eine gewisse Beschränkung erfährt, daß die Regierung, wenn sie mit Beschlüssen des Landtags nicht einverstanden ist, diese der allgemeinen Volksabstimmung unterbreiten kann. Entschieden dann die Volksabstimmung für die Beschlüsse des Landtags, so muß die Regierung zustimmen, verwirft sie die Beschlüsse, so ist der Landtag aufzulösen. Der Staat gewährleistet die Unverletzlichkeit der Person und des Eigentums und die Freiheit des Glaubens, der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, der Presse, Wissenschaft usw. Adel, Titel, Standesunterschiede u. d. werden abgeschafft. Die Bau-

denvereinigungen (Kirchen usw.) sind unabhängig vom Staat, unter sich gleichberechtigt und genießen den Schutz des Staats. Die Schule ist eine Angelegenheit des Staats; der sich mit dem Religionsunterricht nicht befaßt. Die endgültige Ausarbeitung des Staatsgrundgesetzes ist dem Landtag vorbehalten, der wohl noch einige Änderungen vornehmen wird.

Die Polen fahren fort die Ohnmacht Deutschlands weidlich sich zu nütze zu machen. Ihr Auftreten in den deutschen Ostprovinzen ist unerhört. Und wir haben keine Truppen ihnen entgegenzustellen. Wie das Oberkommando im Osten berichtet, sind die deutschen Truppen dort nicht mehr zuverlässig und die nötige Zahl von Revolutionären einzubringen, ist unmöglich. Die Re-

gierung des Reichs hat nun einen allgemeinen Aufruf zur Bildung eines Freiwilligenheeres im Reich erlassen, ob er Erfolg haben wird angesichts der gegenwärtigen Lage, wo man jeden landwillingen Mann im Innern selbst braucht, erscheint noch unsicher. Zwar hat die Regierung für die Freiwilligen eine gute Lohnung zugesagt: Neben freier Verpflegung soll jeder Mann monatlich einen Grundgehalt von 40 Mk. bekommen, dazu eine Zulage von 150 Mk., eine besondere Zulage für das Vaterland von 130 Mk. und eine Extrazulage von 30 Mk., die monatlichen Bezüge für jeden Mann stellen sich also in der Summe auf 340 Mk., das ist fast ebenso viel, als früher ein Soldat im ganzen Jahr bezogen hat, nämlich 360 Mk.

Arbeiter, Arbeiterinnen u. Angestellte!

Der Wahltag rückt heran, die Stunde kommt, in der wir durch unsere Stimmabgabe über die Zukunft unseres Volkes entscheiden sollen.

Frieden nach aussen, Ordnung im Innern

brauchen wir vor allem. Die beste Bürgschaft wird die Partei bieten, die sich auf dem Boden der wahren Demokratie stellt, die alles

durch das Volk und für das Volk

erreichen will. Deshalb antworten wir auf die Frage:

Wen wählen wir?

Nicht Zentrum, weil wir jede einseitige konfessionelle Politik verwerfen.

Nicht Bürgerpartei, weil sich hier doch unter schönen Namen nur reaktionäre Machtgelüste verbergen.

Nicht Sozialdemokraten, weil wir jeden Klassenstaat, auch den von unten, verurteilen, wie wir den von oben bekämpften.

Es gibt gewiss viele, die sich freuen, wenn die sogenannte „Mehrheitssozialistenpartei“ abrückt von den unvernünftigen Forderungen der „Unabhängigen“ und „Spartakusleute“. Leider müssen wir den Sturm spüren, den die alte sozialdemokratische Partei früher durch ihre Agitationsweise als Wind gesät hat. Es mag nun Wähler geben, die glauben, es sei gut, wenn Nichtsozialdemokraten diesmal die Mehrheitssozialisten bei der Wahl unterstützen. Nichts Schlimmeres aber könnte diesen **und uns allen** passieren, wenn dadurch eine Mehrheit der sozialdemokratischen Partei zustande käme. Die letzten Vorgänge zeigen deutlich genug, dass dies unser Untergang wäre. Nein, wer sein Volk und seine Zukunft lieb hat, der wähle

die Kandidaten der Deutschen demokratischen Partei.

Je stärker diese Partei ist, desto sicherer wird sich eine arbeitsfähige Mehrheit ergeben, die die politische Verantwortung zu tragen gewillt ist. Darum gilt es für diese Partei zu werben: eine Partei, die **alle Stände** unseres Volkes in sich birgt und ihre Interessen berücksichtigt nach den Grundsätzen ihres Programms, denn die

Gerechtigkeit muss die Grundlage des Staates sein!

Darum

Auf zur Wahl!

Die Deutsche demokratische Partei.

Einen empfindlichen Streich haben die Franzosen gegen Generalfeldmarschall von Mackensen geführt. Unter 70-jähriger Wehrführung ist bekanntlich von der ungarischen Regierung auf Befehl des französischen Kommissars Oberst Bir gefangen genommen und in der Nähe von Budapest interniert worden. Unter der Anschuldigung, daß Mackensen die Waffenstillstandsbedingungen nicht eingehalten und sein Ehrenwort, daß er nicht fliehen wolle, verweigert habe, bemächtigte sich Bir der Person des Generalfeldmarschalls. Das Schloß, das er bewohnt, wurde von farbigen Franzosen umstellt und der greise General, der so viele Demütigungen in der letzten Zeit über sich hatte ergehen lassen müssen, wurde auf die Festung Temesvár, weggeführt, von wo er wahrscheinlich über Saloniki nach Frankreich gebracht wird. Und Deutschland muß diesem schmachvollen Ende eines seiner verdienstlichsten Wehrführer ohnmächtig zusehen. Es ist traurig.

Am 4. Januar ist der letzte Kanzler des Reichs Graf Georg von Hertling, nach sechsstägigem Krankenlager auf seinem Landgut Ruhpolding bei Traunstein im 76. Lebensjahr gestorben. Er war ursprünglich Gelehrter, Philosoph und als solcher an der Universität in Bonn tätig. Allein sein Lebenselement war die Politik, der Beruf des Parlamentarier, und nachdem er 1876 für den Kreis Koblenz in den Reichstag gewählt worden war, gewann er als Mitglied und späterhin als Führer der Zentrumsparlei bald führenden Einfluß in der gesetzgebenden Körperschaft des Reichs. Seine hohe politische Befähigung, die getragen war von einer durch und durch lauterer Persönlichkeit und ehelichen Wollen, machten ihn zu einer Stütze des Reichstags und zu einer der sympathischsten Gestalten in der 47-jährigen Geschichte dieses Parlaments. Im Jahre 1912 berief König Ludwig den fast 70-jährigen an die Spitze des bayerischen Ministeriums. Aber die Kräfte des damals schon kränklichen Mannes waren den Anforderungen des Amtes, zumal als der Krieg die Welt erschütterte, nicht mehr gewachsen. Es bestränkte sich auch die alte Erfahrung, daß selbst tüchtige Politiker und Parlamentarier häufig nicht auch ebenso erfolgreiche Minister sind. Als daher nach dem Rücktritt des Kanzlers Michaelis Ende Oktober 1917 die Wahl des Kaisers auf den Grafen Hertling fiel, mußte er nach einjähriger vergeblicher Arbeit das Amt an den Prinzen Max abgeben. Nur wenige Monate der Ruhe konnte er noch auf seinem idyllischen Landgut verleben. Es blieb ihm nicht erspart, das Reich, an dessen Ausbau er einst so tatkräftig mitgearbeitet hatte, in Trümmern sinken zu sehen. Und nun ist auch er hingekommen. Aber in der Ehrenhalle der Acker am Reich ist der Name Georg von Hertling dauernd eingegraben.

Fast zur gleichen Stunde, da Graf von Hertling für immer die müden Augen schloß, ist in Amerika ein Mann von der Weltbühne abgetreten, auf der er einst eine nicht unbedeutende Rolle spielte: Theodor Roosevelt. Teddy, wie er in vertraulichem Ton von den Amerikanern genannt wurde, entstammte einer alten holländischen Familie. Er war früher ein Bewunderer Deutschlands, hatte auch in jungen Jahren einige Zeit in Deutschland gelebt. Mit amerikanischer Zähigkeit arbeitete sich Roosevelt in die einflussreichsten Staatsämter empor und als er 1898 im Krieg mit Spanien sich an die Spitze eines freiwilligen Regiments der „Kuhreiter“ stellte und mit diesen halbwildem Gefolken auf Kuba einige Erfolge über die spanischen Truppen errang, war Teddy der vollständigste Mann Amerikas. Er wurde, als Mac Kinley 1900 zum zweiten Mal den Präsidentenstuhl bestieg, zum Vizepräsidenten gewählt und nach der Ermordung Mac Kinleys am 6. September 1901 trat er verfassungsgemäß an die Spitze der Vereinigten Staaten und wurde auch 1904 wieder zum Präsidenten gewählt. Als solcher hat er bekanntlich den Frieden zwischen Rußland und Japan 1905 vermittelt, der Japan die Früchte des Sieges entwand, wie denn Roosevelts Politik hauptsächlich darauf gerichtet war, die Vereinigten Staaten vor Japan zu sichern und dieses nicht allzu stark werden zu lassen. Diesem Zweck diente u. a. die Anlage des Panamakanals als eines rein amerikanischen Unternehmens, die von ihm begonnen und weit gefördert wurde. Nach Ablauf seiner Präsidentschaft 1909 unternahm der unruhliche Mann eine Jagdreise durch Afrika und auf dem Heimweg besuchte er auch Deutschland. Der Kaiser überhäufte ihn mit Ehren und eine Universität verlieh ihm den Ehrendoktor. Es war die Zeit, wo kaum eine fremde Persönlichkeit von Namen aus Deutschland ohne den Ehrentitel, der damals zu den gangbarsten Artikeln zählte, glanz. Aber Teddy hat die deutsche Gutmütigkeit schlecht gelohnt. Er wurde einer der schlimmsten Kriegsheer gegen Deutschland und an Schmähungen tat er es dem berüchtigt gewordenen „Lord Northcliffe“ gleich. Er hatte den Präsidenten Wilson, weil dieser nach seiner Meinung verhandelte, Deutschland so zu bestrafen, wie es gestraft zu werden verdiente. Roosevelt wollte ursprünglich ein eigenes Heerkorps nach Frankreich führen, begnügte sich aber dann damit, einen seiner vier Söhne als Krieger gegen Deutschland zu schicken. Der Sohn ist in Vullampf gefallen. Den 60-jährigen Deutschenhasser hat ein Schlaganfall reich hinweggerafft.

Die Gegenrevolution.

Berlin, 10. Jan. Die „Tägliche Rundschau“ meldet: Zu heftigen Kämpfen kam es vorgestern wieder am Brandenburger Tor. 6 Personen wurden erschossen. Ein Teil der Verwundeten hatte Verletzungen durch Handgranaten. Vom Reichstag aus zogen Patrouillen von etwa 10-15 Mann durch den Tiergarten, wo immer noch kleinere Gruppen von Spartakisten sich versammelten. Gestern morgen gegen 6 Uhr wurde wiederum ein Sturm auf das Brandenburger Tor versucht, der gleich den früheren scheiterte. In heftigen Kämpfen, unter anderem namentlich die Bewohner der anliegenden Häuser zu leiden hatten, kam es in der Nacht zum Mittwoch vor dem Verlagshaus Mofse. Wie ein Berichterstatter

meldet, erschienen vorgestern Spartakisten in Taborik auf dem Flugplatz und verlangten vom Soldatenrat die Herausgabe der schweren und leichten Fliegerbomben. Der Kommandant der Flieger erklärte, daß auf keinen Fall die Sprenggeschosse aus der Hand gegeben werden. Nach Abzug der rüstlos gewordenen Arbeiter ließ der Soldatenrat das gesamte Lager an Bomben auf freiem Felde in die Luft zu sprengen, um jeder Ueberwältigung vorzubeugen.

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, ist ein Angriff der Spartakisten auf den Zentralviehhof von den Regierungstruppen abgeschlagen worden. Bei dem Versuch gab es mehrere Tote und Verwundete. Die Spartakisten hatten versucht, den Viehhof zu stürmen. Dort entspann sich ein Kampf zwischen Spartakisten und Regierungstruppen. Ein einziehender Zug wurde von den Spartakisten arg zugerichtet. Durch die Beschädigung einer Lokomotive eines Stadtbahnzugs konnte der Zug nicht vorwärts.

In einer Spartakusversammlung wurde den bewaffneten Genossen bekannt gegeben, Anhänger seien aus allen des Reichs nach Berlin unterwegs. Die Propaganda in den Berliner Kasernen habe ihr Ziel nicht erreicht.

In den Diskussionshäusern, die eine tägliche Entscheidung im Berliner Verkehrsleben geworden sind, sind in den letzten Tagen russische Rote Gardeisten aufgetaucht, die in gebrochenem Deutsch dem Bolschewismus das Wort reden.

Die „Kreuzzeitung“, die von den Spartakisten besetzt war und seit einigen Tagen nicht erscheinen konnte, ist gestern wieder gedruckt worden und sollte wieder ausgegeben werden. Als die Zeitungswagen bereits beladen waren, wurden sie von Spartakisten umgeworfen und die Zeitungen verbrannt.

Halle (Saale), 10. Jan. Vorgestern wurde die „Vollstetige Zeitung“ von Spartakisten besetzt. Am anderen Morgen wurde die Besetzung jedoch wieder aufgehoben. Der Hauptredakteur der demokratischen „Saalezeitung“ befindet sich seit Dienstag in Haft des Soldatenrats. Der hiesige Magistrat nahm vorgestern ein Ultimatum des Arbeiter- und Soldatenrats an, wonach er diesen als einziges Organ der vollziehenden Gewalt anzuerkennen hat mit der Begründung, daß der Arbeiter- und Soldatenrat die Verantwortung für die Geschäftsführung übernimmt.

Halle (Saale), 10. Jan. Wegen des Beschlusses des hiesigen Soldatenrats, daß die Rangabzeichen für die Offiziere und Unteroffiziere sofort abzulegen seien, ist gestern früh in den hiesigen Lazaretten ein Streik des Sanitätspersonals ausgebrochen.

Düsseldorf, 10. Jan. In der Nacht auf Mittwoch sind der Geschäftsführer der Düsseldorfer Handelstammer, Brandt, Gymnasialdirektor Kretschmer und der Stadtverordnete Paul Siebel durch den Spartakusbund verhaftet worden. Die Spitzen der Behörden, hochgestellte Beamte und weitere angesehene Bürger, zusammen 150 Personen, waren rechtzeitig gewarnt worden und hatten sich in Sicherheit bringen können. Die Polizei ist gestern nachmittag von dem Spartakusbund entwaffnet worden. Die Polizeibeamten veranfaßten gestern nachmittag eine Versammlung, um gegen diese Maßnahme zu protestieren.

Braunschweig, 10. Jan. Die hiesige Regierung protestierte energisch bei der Reichsregierung gegen die Verhängung des Belagerungszustands über Berlin, sowie die dort getroffenen Maßnahmen zur Niederschlagung der Revolution. Nötigenfalls werde die braunschweigische Regierung mit allen verfügbaren Mitteln eingreifen, um die revolutionäre Arbeiterbewegung zu unterdrücken.

Hamburg, 10. Jan. Auf Anordnung des Arbeiter- und Soldatenrats ist das Tragen des soz. „Hamburger Echo“ vorläufig verboten worden, weil das „Echo“ hinter der Regierung Ober-Scheidemann-Roste stehe, was die Mehrzahl des Arbeiter- und Soldatenrats nicht billige.

Gestern abend wurden auf dem Hainmarkt Soldaten der Sicherheitswache, die in einem Automobil saßen, erschossen. Einer der Soldaten erhielt lebensgefährliche Schüsse in den Unterleib. Ein zweiter Soldat erhielt eine leichte Schußwunde. Die Täter entkamen.

Leipzig, 10. Jan. Gestern vormittag trafen auf dem Bahnhof Leipzig aus der Bahngegend drei Militärzüge, die für Berlin bestimmt waren, ein. Sie wurden von Matrosen zur Entwaffnung aufgefordert. Als diese nicht erfolgte, kam es zu einer Schießerei, wobei 4 Offiziere und 2 Mann getötet, 12-15 Mann schwer verwundet sein sollen. Es wurden dann Verhandlungen eingeleitet und den Soldaten die Waffe gestellt, mittags die Waffen niederzulegen, was nach einigen Stunden geschah, worauf der Zug nach Dahlen weiter fuhr. Gestern abend um 7 Uhr wurden auf dem Bahnhof Leipzig weitere drei Züge, die mit Mannschaften, Munition und Waffen nach Berlin bestimmt waren, angehalten und die Begleitmannschaften entwaffnet, wobei es jedesmal nicht ohne Kampf abging. In den Abendstunden wurden die Posten, die den Auftrag haben, alle Militärzüge anzuhalten, weiter nach Markranstädt zu verlegt.

Mülheim (Ruhr), 10. Jan. Vorgestern fanden hier große Kundgebungen der Streikenden statt, in deren Verlauf die hiesigen Zeitungen von den Spartakisten besetzt wurden. Der „Mülheimer Generalanzeiger“ erschien gestern als „Rote Fahne“.

Hagen (Westfalen), 10. Jan. Als gestern zwei für den Ortschutz bestimmte Freiwilligenkompanien feldmarschmäßig von Dahl, wo sie aufgestellt worden waren, nach Hagen zum Bahnhof geführt wurden, wurden sie in der Nähe von Dalfarn von der Sicherheitswache gestellt und aufgefordert, die Waffen niederzulegen. Als sie dieser Aufforderung nicht nachkamen, sollten sie gewaltsam entwaffnet werden. Sie setzten sich zur Wehr und entstand ein hartnäckiges Gefecht, während dessen sich die Freiwilligenkompanien im Hagenener Armenatorium festlegten. Die Hagenener Sicherheitswache zog aus der ganzen Umgegend von den Ortsbürgerwehren Verstärkungen herbei. Ebenso wurden aus den Fabriken bewaffnete Arbeiter aufboten. Auf beiden Seiten traten Maschinengewehre in Tätigkeit. Die

Zahl der Toten läßt sich noch nicht übersehen, dürfte aber wenigstens 10 betragen. Ebenso sind 40-50 Verwundete zu verzeichnen. Kurz nach Mittag zogen sich die Freiwilligen über die Berge in der Richtung auf Dahl zurück. Ein Teil der Freiwilligen geriet in die Gefangenschaft der Sicherheitswachen.

Düsseldorf, 10. Jan. Die Spartakisten haben durch Mannschaften des Sicherheitsdienstes (!) den Bahnhof und verschiedene Dienststellen der Bahnverwaltung besetzt lassen. Das Telegraphenamt ist in den Händen der Spartakisten.

Die Bahn- und Telegraphenbeamten erklärten, sie werden unter der Bewachung den Dienst nicht fortsetzen. Daraus wurde die Besetzung wieder aufgehoben.

Brüssel, 10. Jan. (Reuter.) Anlässlich der Unruhen in Düsseldorf haben sich die dortigen deutschen Beamten unter belgischen Schutz gestellt. Der Polizeipräsident und der Oberbürgermeister haben die belgischen Behörden ersucht, einzugreifen.

Braunschweig, 10. Jan. Wie das Amtsblatt erfährt, ist eine Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien der Republik Braunschweig zur Nationalversammlung zustande gekommen.

München, 10. Jan. Gruppen von Spartakisten veranfaßten in verschiedenen Straßen, besonders am Bahnhof, Unruhen. Wahlflugblätter der anderen Parteien wurden in Massen vernichtet. Für heute ist eine Gegenkundgebung der Regierungstruppen geplant.

Augsburg, 10. Jan. Die Spartakisten sprengten eine Versammlung der Demokratischen Partei.

Die „Frankf. Nachrichten“ melden aus Berlin: Die furchtbaren Straßenkämpfe in Berlin haben in der Nacht zum Freitag einen nicht mehr zu überbietenden Höhepunkt erreicht. Der Schlesische Bahnhof ist nach stundenlangem Kampfe mit Maschinengewehrfeuer und Geschützen durch die Regierungstruppen zurückerobert worden. Mehrere hundert tote Spartakisten, fast alle mit Bauchschüssen, liegen im Bahnhofsgebäude. Die Straße unter den Linden ist im Besitz der Regierungstruppen. Es werden mehrfach Steingeschüsse angeheult, mutmaßlich um von hier aus über das Schloß hinweg das Polizeipräsidium zu beschließen. Stundenlange Kämpfe hat es im Zeitungsviertel in der Jerusalemstraße gegeben. Hier hatte es bis gestern abend an 90 Tote und zahlreiche Verwundete gegeben. Die Döberitzer Heerstraße ist von Regierungstruppen besetzt. Für heute, spätestens morgen, ist die Verhängung des verschärften Belagerungszustands und des Standrechts in Berlin zu erwarten.

Die Matrosen mahnen zur Einstellung der Kämpfe, so sonst nur die Bürgerlichen triumphierten würden.

Die Folgen.

Karlsruhe, 10. Jan. Die Rheinlinie ist erneut streng geschlossen. Die elsäss-lothringischen Bahnen sind für alle Transporte, außer für Lebensmittel, gesperrt. Nach zuverlässigen Nachrichten sind zwischen St.asbourg und Rehl starke Massen französischer Kolonialtruppen zusammengezogen.

Breslau, 10. Jan. Der Volk rat zu Breslau teilt mit, daß über Bautzen in Oberschlesien der Belagerungszustand verhängt worden ist.

Glogau, 10. Jan. Ueber Glogau ist der Belagerungszustand verhängt worden. Nach 10 1/2 Uhr abends ist der Aufenthalt auf der Straße verboten. Der Soldatenrat strebt die Bildung von Garnisonataillonen an. Gefechtspflichtig zu diesen sind alle gedienten und ungedienten Bürger der Stadtgemeinde Glogau vom vollendeten 19. Lebensjahr bis zum 55. Jahr. In einem Aufreiß der Kommandantur und des Soldatenrats an die Bürgerschaft heißt es u. a.: Schon in wenigen Tagen kann es sich entscheiden, ob Glogau deutsch bleiben oder polnisch werden soll. Helft alle unsere geliebte Vaterstadt, Haus, Hof und Herd, Frauen und Kinder vor polnischer Raub- und Beutegeier zu schützen.

Die Stimme des Auslands.

London, 10. Jan. Die Blätter erklären, daß die inneren Kämpfe in Deutschland den verbündeten Mächten nicht gleichgültig sein können. Der Bolschewismus sei bereits ein starkes Hindernis des Völkerbunds geworden. Man müsse Garantien für die Schadenersatzleistung fordern, ehe in Deutschland alles vernichtet sei.

Neues vom Tage.

Wien, 10. Jan. Die bisherigen Mitglieder der vorläufigen Volksregierung aus der Partei der unabh. Sozialdemokratie Brünner und Schwarz haben ihren Austritt aus der Regierung erklärt, da die Wahlen zur bad. Nationalversammlung eine bürgerliche Zweidrittelmehrheit ergeben haben und sie es bei der Zusammensetzung der Nationalversammlung nicht für möglich halten, daß die Errungenschaften der Revolution gewahrt und weiter ausgebaut werden. Die vorläufige Volksregierung hat die Austrittserklärung angenommen, das Ministerium für soziale Fürsorge vorläufig aufgehoben und die Geschäfte mit dem Ministerium für Uebergangswirtschaft vereinigt, das Ministerium für militärische Angelegenheiten wurde dem Ministerpräsidenten überstellt.

Wien, 10. Jan. Die Telegraphen- und Telephonbediensteten sind in den Ausstand getreten. Die Straßenbahnen schlossen sich ihnen an.

Der Attentäter.

Prag, 10. Jan. Es wurde festgestellt, daß Staseny sich längere Zeit auf das Attentat vorbereitet hatte und daß er gestern mit dem Realschüler Wladimir Gregor einer Arbeitslosenversammlung beivohte. Gregor wurde abends verhaftet. Er gestand, daß er tatsächlich mit Staseny den Ministerpräsidenten Kramarsch zum Tode verurteilt habe. (!) Als Grund gaben die jugendlichen Verbreiter ihre anarchistische Ueberzeugung an.

Abends wurde eine große Kundgebung veranstaltet. Die Menge brach in Rufe aus: „Der Attentäter ist von Russen und von Juden bezahlt; an der Spitze des Proletariats stehen nicht Arbeiter, sondern Impe-

rialisten und Juden, bevor nicht die jüdischen Elemente vertrieben werden, wird keine Ruhe herrschen!"

Prag, 10. Jan. Die Belegschaft der nordböhmischen Kohlenbergwerksgesellschaft ist wegen nicht bewilligter Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Viele jüdische Läden wurden angegriffen und die Waren vernichtet. Abends zogen die Massen zur Synagoge und plünderten die dort eingelagerten Waren der galizischen Flüchtlinge. Die Vertreter der Kaufmannschaft beschloßen, die Warenpreise um 75 Prozent herabzusetzen. Darauf war die Ruhe wieder hergestellt.

Tabakboykott.

London, 9. Jan. (Reuter.) Die Vereinigung der Tabakhändler hat sich verpflichtet, auf die Dauer von 5 Jahren nicht mit deutschen oder österreichischen Erzeugnissen und mit deutschen oder österreichischen Firmen Handel zu treiben.

Amsterdam, 10. Jan. Die Blätter melden, daß am Mittwoch 3 Herren der amerikanischen Botschaft nach Amerongen kamen, um eine Untersuchung über den Besuch der amerikanischen Journalisten, die den Kaiser sprechen wollten, einzuleiten. Man vermutet, daß die angeblichen Journalisten mit falschen Pässen und in falschen Uniformen über die Grenze gekommen sind.

Der Putsch in Stuttgart.

Stuttgart, 10. Jan. Zu dem gestrigen Putsch der Unabhängigen, der Spartakusleute und des „Roten Soldatenbunds“ erfahren wir: Durch aufreizende Flugblätter, die auch vom „Verband der Kriegsbeschädigten“ unterzeichnet waren (der Verband legt hiegegen energische Verwahrung ein, da er mit der Sache nichts zu tun habe und der Name mißbräuchlich auf die Zettel gesetzt worden sei), wurde eine Kundgebung gegen die Regierung Ebert-Scheidemann, die württ. Regierung und die Gemeindeverwaltung (worin die Unterführungen der Arbeitslosen in Stuttgart zu niedrig sei) angeordnet. Auf dem Schloßhof sprachen Münzenberg, Engelhardt, Clara Zetkin, der frühere Kriegsminister Schreiner, Hörnle u. a., doch fanden die Redner auch starken Widerspruch. Um 11 Uhr zogen die Teilnehmer mit roten Fahnen und Plakaten „Soldaten, nicht schießen!“ vor das Arbeitsministerium (Ständehaus) und das Staatsministerium (Admiralgasse), von dem aus wieder Münzenberg u. a. scharfe Angriffe gegen die Regierung richteten. Dann ging's vors Rathaus. Vom Oberbürgermeister wurde die Neubefestigung des Arbeitsamts, die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und die Abhebung der bürgerlichen Kollekten verlangt. Oberbürgermeister Lautenschlager erklärte, daß er dazu kein Recht habe.

Nachmittags fanden sich die Demonstranten wieder zusammen. Die unglaublichen Gerüchte durchschwirren die Straßen. Die Befestigung des Ministers Lindemann scheint sich nicht zu bestätigen. Heftige Reden regten die Menge immer mehr. Nach 6 Uhr abends zogen die Demonstranten vor das „Neue Tagblatt“, das besetzt und zum Druck einer besonderen Ausgabe „Die rote Flut“ in 100.000 Exemplaren gezwungen wurde. Dieses Blatt enthält die extremen Forderungen der Radikalen, wie Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, Entfaltung der bürgerlichen Kollegien, Übernahme der Stadtverwaltung durch den Arbeiter- und Soldatenrat, die württ. Regierung soll die Reichsregierung veranlassen, sofort in Beziehungen zur russischen Sowjetregierung zu treten und sich selbst mit dieser in Verbindung zu setzen. Die Truppen sollen nicht gegen die streikenden Arbeiter verwendet werden. Banken, Großgrundbesitz sollen sofort beschlagnahmt, die Bergwerke an Arbeitern übergeben werden. Die Regierung Ebert-Scheidemann soll aufgehoben und die Regierung durch die Arbeiter- und Soldatenräte übernommen werden. Die königlichen Domänen sollen eingezogen, den Arbeitern das Aufsichtsrecht über die industriellen Betriebe übertragen, leerstehende Schlösser und Villen zu Arbeiterwohnungen umgewandelt, reaktionäre Beamte entlassen, die Offiziere entwaffnet, die revolutionären Arbeiter bewaff-

net werden usw. Der Streik wird am 10. Januar fortgesetzt.

Am späteren Abend sammelte sich vor dem „Neuen Tagblatt“ eine große Menge an, die gegen die Radikalen Stellung nahm, auch regierungstreue Truppen erschienen, die die Radikalen im Tagblattgebäude belagerten. Letztere wurden heute morgen gegen Auslieferung der Waffen freigelassen.

Gegen 7 Uhr abends bildete sich auf dem Schloßplatz unaufgefordert eine Versammlung aller Parteien, die gegen die Radikalen demonstrierte. Die Menge, auf Tausende angewachsen, zog zur Rotenbühlkaserne. Infolge eines Mißverständnisses wurden aus der Kaserne, die regierungstreue ist, einige Schüsse abgegeben, wodurch einige Personen verwundet worden sein sollen. Daraufhin zerstreute sich die Ansammlung. Aber kurze Zeit nachher erschienen die Spartakusleute vor der Kaserne und versuchten einzudringen. Wieder fielen einige Schüsse die verschiedene Opfer forderten, Schreiner betrat die Kaserne; er wurde aber feindlich empfangen. Schreiner erklärt öffentlich, daß er in der Kaserne nicht festgehalten worden sei, sondern sich zu Verhandlungen dort aufgehalten habe.

Heute früh wurden Flugblätter der beiden Infanterie-Regimenter 119 und 125 verbreitet des Inhalts, daß die Truppen sich restlos der Regierung Ebert-Scheidemann und der württ. Regierung zur Verfügung stellen. Die Bürgerchaft wurde zur Teilnahme an einer Kundgebung gegen Spartakus aufgefordert. Es soll nun zur Gründung einer freiwilligen Volkswache geschritten werden.

Württemberg.

(-) **Stuttgart, 10. Jan. (Ein guter Griff.)** Durch das Kriegswunderamt sind bei dem Fabrikarbeiter Paul Jäger in Wangen-Stuttgart über 100 neue Militärmäntel und einige Hundert neue Militärdritzhänge beschlagnahmt worden. Jäger ist festgenommen worden.

(-) **Stuttgart, 10. Jan. (Verdieb.)** In der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch wurde aus dem Stall des Hofgartenamts in den Anlagen ein 6 Jahre altes Fugpferd gestohlen. Für die Beibringung des Verdes hat das Hofgartenamt eine Belohnung von 300 Mark ausgesetzt.

(-) **Urspringen bei Lohr, 10. Jan.** Im Weinverkaufsgeschäft macht sich in den letzten Tagen eine äußerst rege Kauflust geltend. Wäh' es noch vor 14 Tagen für die Dhm 300 Mk. bezahlt wurden, werden gegenwärtig 350 Mk. und mehr geboten.

Kurzer Wochenbericht

Der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 31. Dezember 1918 bis 6. Januar 1919. Zeitungsberichte zufolge wird das Brot, das aus dem oon der Enquete Deutscher angeführten Mehl hergestellt wird, der Laib 6 Kronen 20 Heller kosten. Rechnet man den Laib zu 4 Pfund, so würde das Pfund Brot nicht weniger als 33 Pfg. kosten, nach dem Kurse von 53,25 Mk. Wie man hört, sollen die Mehrkosten aus öffentlichen Mitteln bestreiten werden.

Erwiderung zu dem Eingekandt in Nr. 7.

Der Artikelschreiber „a“ war in der Versammlung am 7. Januar und hat nur berichtet, was er von vielen Anwesenden gehört, also nicht nur seine Meinung. Von einer Üble und Verdrehung kann nicht die Rede sein. Der Spott von dem „ins Rest sch.“ war doch gewiß unangebracht ebenso unpassend war es, wenn der Redner einmal die Bewegungen eines Jokes nachahmte. Die Frau v. W. sollte durchaus nicht angerempelt werden, denn wir achten sie als ehrenwerte Dame. Ihr Name wurde nur genannt, damit die Leute den Herrn Bürger sofort erkannten. Ein Frontsoldat erzählte, im Feld sei der bet. Herr mit Leib u. Seele Sozialdemokrat gewesen und in Stuttgart sei er als Ausschußmitglied des Soldatenrats mit der roten Armbinde herumgelaufen. Seit wann und warum diese Verwandlung? das wars, was bei uns anwesenden Soldaten böses Blut machte. Warum von der deutschen demokratischen Partei wohl nicht erwidert wurde? Weil die Leute schon während des Vortrags des Herrn W., der immer Liebe nach links

aussteilte, Vergleiche anstellten mit dem ersten ruhigen Vortrag des Herr Lamparter und zu wessen Gunsten entschieden wurde, liegt auf der Hand.

Lokales.

Sozialdemokratische Versammlung am 9. Januar.

Die Rednerin Frau Müller aus Stuttgart entwickelte mit kräftiger Stimme ihr Programm. Leider haben sie manche Leute wegen ihres norddeutschen Accent nicht immer verstanden. Sie führte u. a. aus, daß die Frauen nun mitsprechen sollen in den Wohnungsfragen (Bau von Arbeiterwohnungen u. a.) in der Waisenflege, im Gerichtswesen, in Schulanlagen, bei der Lebensmittelförderung. Sie trat ein für die Einheitschule, d. h. dieselbe Schule für armer und reicher Leute kind. Dann sprach sie ausführlich über die feierlichen indirekten Steuerzölle und will dieselben abgeschafft wissen. (Wir werden diese aber auch jetzt noch beibehalten müssen, wenn nicht unsere Bauern und Kleinhandwerker zu Grunde gehen sollen. Größere Betriebe (Kruppe, Daimler, elektr. Anlagen) sollen verstaatlicht werden. Ferner verlangt sie die unerbitliche Heranziehung der Kriegsgewinne und eine progressive Vermögensabgabe, sowie die Trennung von Staat und Kirche und Entfernung des Religionsunterrichts aus der Schule. Er soll privatim erteilt werden. Zum Schluß übte Herr Schlüter Kritik an der hiesigen Milch-, Kartoffel- und Lebensmittelverteilung und forderte die Frauen auf sich zu einem Frauenverein zusammenzuschließen.

Leider konnte Herr Basner gestern Abend seinen Vortrag nicht halten, da die Eisenbahnverhältnisse es ihm unmöglich machten, hier einzutreffen.

Zur Wahl zur Landesversammlung am 12. Januar Die Wähler werden gebeten, die Wahlpostkarte zur Wahl mitzubringen, damit das Auffuchen der Wähler in der Wählerliste rascher von statten geht. Die Post arte wolle dann bis zur Reichswahl am 19. Januar 1919 aufbewahrt werden und zu dieser Wahl zum gleichen Zweck mitgegeben werden. Inhaber von weißen Postkarten haben im Rathaus, von gelben im Lebensmittelamt zu wählen.

Die Mitglieder, Freunde und Gönner der deutschen demokratischen Partei werden dringend gebeten, vor 4 Uhr nachmittags abzustimmen damit dem Wahlbüro, welches sich im Hotel z. Lamm befindet, die Arbeit erleichtert wird.

Zur Hilfeleistung im Wahlbüro, hauptsächlich nachmittags, sind Frauen und Männer freundlichst eingeladen. Setzt mit voller Kraft bei der Werbearbeit ein und prüft die Säumnigen auf.

Evang. Gottesdienst. 1 Sonntag, nach Erscheinung.

Dom 1., 10 Uhr Predigt Stadtpfarrer Köster.
Dom 2., 11 Uhr Kinder Gottesdienst
nachm. 1 Uhr Christuslehre (Töchtern) Stadtpfarrer Kempff.
abends 7 1/2 Uhr Bibelstunde Stadtpfarrer Kempff.

Kath. Gottesdienst. Sonntag den 12. Januar

10 Uhr Predigt und Ant 2 Uhr Anacht.
Montag keine hl. Messe, an den übrigen Tagen 7 1/2 Uhr hl. Messe.
Vocht: Samstag von 4 Uhr an.
Komunion Sonntag um 7 1/2 und 8 Uhr, an den Werktagen bei der heil. Messe.

Bei pflichtwidriger Nichtablieferung von Heeresgut erfolgt

Durchsuchung und schwere

Bestrafung.

Reichsverwertungsamt, Berlin W 8,
Friedrichstrasse 66

Druck und Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wilddad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst

Geschäftsempfehlung.

Einer verehrten Einwohnerschaft von Wilddad die Mitteilung, daß ich von heute an mein

Zuhrgeschäft

wieder betreibe und empfehle mich in aller vorkommenden Fahren bei billiger Berechnung.

Schachtungsvoll

Friedrich Gifel

beim Ratskeller.

Sozialdemokratischer Verein.

Mitgliederversammlung

heute abend 7 1/2, 8 Uhr

im Gasthaus z. Bad. Hof

Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Der Ausschuß,

Puhtücher,

gegen Desinfektion, per Stück Mk. 2.20, sind zu haben bei

Robert Treiber.

In letzter Stunde.

Nachdem sich die württ. Bürgerpartei bei ihrem öffentlichen Auftreten zur Genüge blamiert hat, sucht sie durch judenhetzerische Flugblätter, die einem politischen Tiefstand ohne Gleichen atmen, seinen Einfluß auf das freiheitlich gesinnten Bürgertum zu gewinnen.

Wähler, Wählerinnen!

Laßt euch nicht herumbringen, zu Schleppträgern der Konservativen und altdeutschen Herrenpartei. Habt ihr noch nicht genug am alten System?

Keine Stimme der württ. Bürgerpartei.

Niemand wähle diese Rückschrittler.

Viele Anhänger der deutschen demokratischen Partei.

Lehter Tabak

Paket von 60 g an

sowie

Weerrettig

Pfund 90 g

empfeht

Ysannkuch u. Co.

Zeriffene Strümpfe

und Socken jeder Art werden

in 14 Tagen tadellos repariert, brauchbar wie neu

Paar Mk. 1.80,

Ganze Strümpfe aus Trikotmaterial Mk. 1.75

Albert Lippz, König-Karlstraße 68.

Der heutigen Gesamtauflage liegt ein Flugblatt der Deutsch demokratischen Partei bei.

Gesucht,

möglichst sofort: möbliertes oder unmöbliertes

Wohnhaus

das sich während der Kurzeit als Pensionat verwenden läßt. Borerst zu mieten, späteren Kauf, bei zusagenden Bedingungen nicht ausgeschlossen.

Ausf. Angebote mit Preis, Bild usw. an Adolf Mihe, Frankfurt a. M. -Niederufel Hohemarkstraße 22.

Aufruf zur Wahl

am morgigen

Sonntag, den 12. Januar 1919.

Frage: Wer ist die wahre, erprobte und unverfälschte Volks- und Bürgerpartei?

Antwort: Die Deutsche, Demokratische Partei.

Die Deutsche demokratische Partei, umfassend alle Berufs- und Arbeiterkreise, wird auch in diesem Wahlkampf unbeschadet der gemachten heftigen Angriffe von rechts und links auf ihrem eigenen Weg: **den goldenen Mittelweg** mit ihrer Fahne: **Schwarz, rot gold** marschieren, die **Turwader Fahne** in den Freiheitskämpfen 1848 folgendermaßen charakterisiert:

Mein Schild hat 3 Farben: **Schwarz, rot gold** und darin steht geschrieben:

Einheit, Freiheit, Vaterland.

Diese 3 Worte kennzeichnen den Wegweiser des Schaffens und Wirkens der deutsch. demokr. Partei und die 3 großen von der deutsch. demokr. Partei in Wildbad abgehaltenen Volksversammlungen, in welcher als Redner Herr Landtagsabgeordneter Fischer, Hl. Schill und Herr Stadtpfarrer Lamparter aufgetreten sind und überall den besten und tiefsten Eindruck erweckten, haben den Beweis erbracht, daß in dieser Partei das **Volksvertrauen** lebt und verkörpert ist.

Das Auftreten der gegnerischen Parteien, insbesondere die fortgesetzten Störungen der Versammlungen durch ein und dieselben, sozialdemokratischen Elemente, die offenbar dem Ernst der Zeit und die sorgenvolle Zukunft nicht verstehen und ahnen, führt der Deutsch. demokr. Partei massenhafte Mitglieder auch vom Arbeiterstande zu, weil anständige Arbeiter sich mit diesem sozialdemokr. Gebahren nicht einverstanden erklären; überall schließen sich Arbeiter, Beamte- und Angestellten-Vereine der deutsch. demokr. Partei an.

Darum Bürger und Bürgerinnen aller Stände!

treten ein für die Deutsche demokratische Partei! Die Wahl ist ernst und von großer Bedeutung; durch den Ausfall derselben wird die künftige Staats- und Regierungsform geschaffen; sorgt durch Abgabe des demokr. Stimmzettels, daß wieder Ruhe und Ordnung geschaffen wird, denn sonst ist alles verloren, verloren für immer und dann erst recht **in die Germaniae!** Die bürgerlichen Frauen bitten wir dringend und höflich, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und wenn möglich, schon vormittags oder gleich nachmittags zu wählen. Wie wählt man?

Jeder Wähler erhält vom Oberamt in einem Kuvert die Wahlzettel von sämtl. Parteien zugesandt.

Der Wähler hat aber nur die Wahl zwischen **einer** Partei; wer 2 Wahlzettel von verschiedenen Parteien in das Wahlkuvert legt, oder einen Namen von einem **anderen** Wahlzettel hinzufügt, dessen Stimme ist ungültig.

Wer sich zur **Deutsch. demokr. Partei** bekennen und diese wählen will, der nehme nur den **einen** Wahlzettel mit der Kennzeichnung:

Deutsche demokratische Partei

auf welchem die 3 ersten Namen lauten:

Hausmann Gaumann Fiesching

mit in das Wahllokal und gebe ihn **unverändert** ab.

Die Wähler werden gebeten, die ihnen vom Stadtschultheißenamt i. Zt. über sandte gelbe Postkarte, auf welcher die Nr. des Wählers in der Wahlliste enthalten ist, zur Erleichterung der Wahlhandlung mitzubringen.

Die Wahlhandlung beginnt vormittags 9 Uhr und endet abends 8 Uhr.

Deutsche demokratische Partei.

Oberamt Neuenbürg.

Abgabe von Speck aus Hauschlachtungen.

Nachdem neuerdings die Rüstungsarbeiten im wesentlichen aufgehört haben und die Arbeitszeit erheblich verkürzt worden ist, hat die Fleischverorgungsstelle die bisherige Befreiung der Schwer- und Schwerst- und Rüstungsarbeiter von der Verpflichtung zur Abgabe von Speck oder Schmalz aus Hauschlachtungen von Schweinen mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Die Abgabepflicht in dem durch die oberamtliche Bekanntmachung vom 14. November 1918 (Gz. Nr. 269) bestimmten Umfang besteht demnach für sämtliche Selbstversorger mit Ausnahme der gewerblichen Betriebe, Krankenhäuser und ähnlichen Anstalten, die als Selbstversorger anerkannt sind.

Den 2. Januar 1919

D.R. Gaifer.

Bekannt gemacht.

Wildbad, den 9. Jan. 1919.

Stadtschultheißenamt: Böhner.

Einlagen

in die **Oberamts Sparkasse**, für deren Verbindlichkeiten auch die Amtskörperschaft Neuenbürg mithaftet, nimmt entgegen:

Die Agentur Wildbad,
H. Schmid, Perm. Aktuar,
Rathaus Zimmer Nr. 8.

Karbid

kann von heute ab in jeder Menge ohne Bezugchein abgegeben werden.

Auch sind

Karbidlampen

bester Ausführung stets auf Lager.

Carl Güthler.

Achtung Soldaten!

Alle Arten Uniformstücke, bez. Einbeils Mäntel, Hosen, usw. Militärteppiche werden in allen Farben unter billigster Berechnung bei schnellster Bedienung gefärbt. Gleichzeitig empfehle ich mich dem geehrten Publikum im Färben von sämtlichen Kleidungsstücken.

Färberei **Max Büßemann,**

Freudenstadt-Christophstal.

Annahmestelle in Wildbad bei Herr

August Weidlich Schneidermeister.



**Par-
fümerie-
und
Toilette-
Artikel**

Mundwasser
Balf. Mundwasser 3.50
Lohjes Mundwasser
Vergenol-Mundwasser-Tablet.
Kosmodont usw.

Zahnpasten
Kali, Alora, Chlorodont,
Vebeo usw.

Parfüme
Dralle's III 5.50 u. 4.50
Rosa Centifolia
Rokoko-Weilchen
Fascinata, Alajina
Weilchenbust 2.50
Niana 30.—
Clara 30.— usw.

Haarwasser
Dralle's Birkenwasser
Birkenwasser
Kräuterwasser
Kamillenextrakt
Savonum la.
(alles noch spiritushaltig)

Haaröle
Klettenwurzelöl 1.80—1.20
Blumenöl

Brillantine
in fester Form u. flüchtig

Haut- u. Gesichtspfleagemittel
Lohjes Bienenmilch 2.50
Gurkenmilch
Kombella-Wandelleie
Kaloderma—25.—50
—75 bis 1.75
Fußkrempulver

Crèmes
Rivea, Kombella, Dia
Krafsolan, Alpenblüten,
Leo Mousen, Uralla usw.

Brennlampen
gut vernickelt.

Nagelpfleagemittel
Stein der Weisen 2.—
Nagelplättchen 1.50
Nagelcreme 2.50—1.50
Nagelwasser
Dia-Nagelack 7.50
Nagelpoliture
Nagelpflege-Garnituren
90.— bis 4.50

Haarbürsten
25.— bis 1.75

Kleiderbürsten
12.— bis 2.20

Puder (Gesicht)
ede Farbe, feste Form und
lose,
auch hübsche Luxuspackung

K.-A.-Seife
und Pulver

Haarentsetzungspuder
2.50 bis 1.50

Frisiertämme
8.— bis 1.20

Zahnbürsten
3.20 bis 0.80

Handbürsten
5.— bis 2.50

Rasierapparate
20.— bis 15.—
Erfahrungen
Dugend bis 6.—

Schirme
55.— bis 34.—

**Berg- und
Spazierstöcke**
6.— bis 2.20



**Sport-
und
Luxus-
Waren**



Königsches Wasser
Stoff-Hosenträger
6.— bis 2.50

Termosflaschen
mit Gummiisolierung
17.— bis 8.50
mit und ohne Tragriemen

Wickelgamaschen
12.50— bis 7.50
auch reine Wolle

**Elektrische
Taschenlampen**
9.50 bis 2.—
Batterien 1.80

Photo-Apparate
Ernemann-Contessa
190.— bis 14.20
Photogr. Badarfsartikel
und Chemikalien
Entwickeln u. Copieren

**Cigarren und
Cigarretten**
in nur guter Qualität

Portemonnaies
nur echt Leder

Modellschlitten
Schneeschuhe
prima Hölzer
Mk. 40 — 55 — 57

Stiftöde
Tragriemen
Wache u. f. w.

**Schneeschuh u. Model-
schlitten Verleih-
Anstalt**



**Christ. Schmid
& Sohn**

**Parfümerie- Sport-
und Photogeschäft**
mit
Damenfriseur-
Spezialgeschäft.
König-Carlstraße
68 u. 71.

